garn zum Trotz bestehen die österreichischen Finanzherren gerade auch unter den "neuen Bedingungen" auf der unbedingten Einhaltung dieses nur als neokolonialistisch zu bezeichnenden Vertrags (vgl. dazu RF 223 "Nagymaros - Ein Lehrbeispiel für die "Operationen" des österreichischen Finanzkapitals").

Bei der finanziellen Abhängigmachung, bei der verschärften Ausplünderung der Völker dieser Länder bleibt es nicht. Außenminister Mock hat erklärt, das Bundesheer müsse für alle "Eventualitäten" gerüstet sein, um etwa bei militärischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien einsatzfähig zu sein.

Beileibe geht es nicht einfach um die "defensive" Verteidigung der Landesgrenzen Österreichs, sondern selbstverständlich um die erforderlichenfalls militärische Sicherung und Ausdehnung der wirtschaftlichen "Besitztümer" in anderen Ländern, um die gewaltsame Durchsetzung und Stützung von Verhältnissen, welche die weitere Expansion des österreichischen Imperialismus gewährleisten sollen.

Die verstärkte Mobilisierung der fortschrittlichen Kräfte gegen alle diese imperialistischen, militaristischen und chauvinistischen Machenschaften ist eine der entscheidenden politischen Aufgaben der österreichischen Marxisten-Leninisten.

TOD DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS UND MILITARISMUS!

* * *

Wir müssen uns darauf einstellen, daß die kapitalistischen Machthaber Österreichs zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele den ideologischen und politischen Druck auf die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen noch gewaltig steigern werden. Die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte werden in Zukunft vor sehr ernste Bewährungsproben gestellt sein.

Angefangen von Vranitzky und Mock bis herunter zu Figuren wie "staberl" und Lendvai frohlocken die Reaktionäre aller Farben unausgesetzt: "Der Kommunismus ist tot" und jubeln, daß der Kapitalismus in der Praxis seine Überlegenheit "endgültig bewiesen" habe.

Mit aller Entschlossenheit stellen wir uns als Marxisten-Leninisten Österreichs dieser verlogenen und in jeder Beziehung reaktionären Kampagne entgegen und erklären:

DER BANKROTT DER REVISIONISTISCHEN LÄNDER IST NICHT DER BANKROTT DES KOMMUNISMUS!

DER UNTERGANG DES KAPITALISMUS UND DER SIEG DES PROLETARIATS SIND GLEICH UNVERMEIDLICH!

TROTZ HETZE UND VERRAT IST DER KOMMUNISMUS UNAUSROTTBAR UND UNBESIEGBAR. AUF DEM VON MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN GEWIESENEN WEG WIRD ER VORANSCHREITEN UND SCHLIEßLICH SIEGEN! NACH WIE VOR IST ER DIE EINZIGE ALTERNATIVE, WENN DIE MENSCHHEIT NICHT ZUGRUNDE GEHEN SOLL.



Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstraße 56/2. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 238 November 1989 Preis S 10,-

DIE SKANDALÖSE PLEITE DER REVISIONISTISCHEN VERRÄTER-REGIMES UND IHRE FOLGEN

Wessen Pleite?

Seit Wochen sind wir Zeugen einer ungeheuerlichen, geradezu beispiellosen Pleite der Revisionistenregimes in Rußland und Polen, in Ungarn und in der CSSR, insbesondere aber auch in der DDR.

In den krassesten Formen bestätigt sich damit das, was die RF und die MLPÖ seit den Sechzigerjahren immer wieder vorausgesagt, wovor sie vom Moment ihrer Gründung an immer wieder eindringlichst gewarnt haben:

Die 1956 mit dem berüchtigten 20.Parteitag begonnene und sich vor allem im Antistalinismus äußernde direkte Abkehr vom revolutionären, marxistisch-leninistischen Weg, die Revision, Verfälschung und Verneinung aller revolutionären Theorie und Praxis *muß unvermeidlich zur Katastrophe führen.* Das bedeutet die Untergrabung und Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, den Verlust aller revolutionären Errungenschaften, den Rückfall in die fluchbeladene kapitalistische Vergangenheit.

Als wir das vor nun schon mehr als 25 Jahren aufzuzeigen begannen, ja bis in die jüngste Vergangenheit hinein, haben uns selbst relativ bewußte und engagierte Aktivistinnen und Aktivisten der revolutionären Bewegung belächelt, haben uns nicht geglaubt, meinten

Aus dem Inhalt

zumindest, daß wir maßlos übertreiben und schwarzmalen.

Nicht wenige haben sogar den revisionistischen Versprechungen geglaubt, daß gerade die Abkehr von den revolutionären Prinzipien und vom revolutionären Weg, die sich als "Überwindung von Fehlern der Vergangenheit" vorstellte, zu einem grandiosen Aufschwung, zu bisher ungeahnten Triumphen des sozialistischen Aufbaus, zum sprunghaften Wachstum des gesellschaftlichen Wohlstands, zum überzeugenden Sieg im Wettbewerb mit der alten kapitalistischen Welt führen werde. Der antistalinistische Kurs der Chruschtschows und ihrer Nachfolger, so hieß es in allen Variationen, werde selbst den naivsten Menschen die ungeheure Überlegenheit des von "Fehlern" befreiten "undogmatischen" Sozialismus unwiderlegbar beweisen und so seinen weltweiten Sieg, wie ihn die Revisionisten verstehen, garantieren.

Sind demagogische Versprechungen jemals gründlicher Lügen gestraft worden? Mit unerbittlicher Härte hat das Leben selbst allerorten die revisionistischen Versprechungen widerlegt, hat es selbst unsere weitestgehenden Voraussagen noch überboten.

Ein Drittel eines Jahrhunderts lang, eine ganze Generation lang hatten all die neunmalklugen Kritiker der angeblichen Verfehlungen Stalins, der angeblichen "Deformierungen" und "Fehlentwicklungen" im sozialistischen Aufbau, Gelegenheit, alles besser zu machen, wobei sie sich auf wirklich grandiose, bereits geschaffene wertvolle Voraussetzungen stützen konnten. Doch was sie hervorbrachten, war eine immer raschere Talfahrt in immer ärgere Katastrophen, eine historische Pleite sondergleichen, die gewissenlose Zerstörung und Ruinierung all der großartigen revolutionären Errungenschaften, für deren Erkämpfung ungezählte Menschen unendliche Opfer und Leiden auf sich genommen hatten, wofür buchstäblich Millionen ihr Leben geben mußten, in revolutionären Bürgerkriegen wie in der UdSSR nach dem Sieg der Oktoberrevolution, im weltweiten antifaschistischen Krieg gegen die faschistischen Aggressoren, im revolutionären Volkskrieg in China usw.



354 Seiten Großformat . . . . . S 170.-
Bestellungen an: Zentraler Literaturdienst 1150/9 Wien Postfach 58

In den revisionistischen Ländern, zuletzt insbesondere in der DDR, demonstriert gegenwärtig vor allem die jüngere Generation, *die niemals wirklichen Sozialismus erlebt und erfahren hat, sondern von Kindheit an nur dessen antimarxistische, antileninistische und antistalinistische Perversion*, mit den Füßen, was sie von der revisionistischen Schandpolitik hält und den katastrophalen Zuständen, welche jenes politische Gesindel geschaffen hat, das überall mit dem Versprechen auf den Plan trat, die "Fehler der Vergangenheit" zu beseitigen und nun alles besser zu machen.

Natürlich haben die Hunderttausenden, die allein schon aus der DDR in den "Westen" geflüchtet sind, die entsetzlichsten Illusionen über diesen, sind sie voll total falscher Vorstellungen, mangelt es ihnen katastrophal an Erfahrung und Bewußtsein. Aber wer hat denn zugelassen, daß Hunderttausende, vor allem ein Großteil der jüngeren Generation so geworden ist? Und welche Zustände müssen das sein, wenn so gewaltige Massen arbeitender Menschen lieber Hab und Gut, Freunde und Verwandte zurücklassen als länger unter der revisionistischen "Ordnung" zu leben?

Denn das ist durch noch so geschickte Verdrehungskünste nicht aus der Welt zu schaffen:

Diese Hunderttausenden *flüchten nicht vor dem Sozialismus*, den sie ja nie erlebt, niemals kennengelernt haben, sondern sie flüchten aus jenem Schandsystem, jener perversen "Ordnung", welche die Revisionisten zwar als "Sozialismus" ausgeben, die aber *nicht das Mindeste mit Sozialismus zu tun hat*, einer wirklich sozialistischen Ordnung in jeder Beziehung Hohn spricht!

Sie flüchten vor der unendlichen Mißwirtschaft, der Stagnation, Zersetzung und Fäulnis, der Korruption, Demoralisation, Verlogenheit und Perspektivenlosigkeit eines durch und durch verfaulten Systems, welches die Revisionisten an die Stelle eines sozialistischen Aufbaus gesetzt haben und das *seinem Wesen nach ein kapitalistisches System* ist.

Von noch primitiverer Verlogenheit ist die Darstellung, als ob die massenhaft in den "goldenen Westen" strömenden Menschen irgendwelchen "stalinistischen" Zuständen den Rücken kehrten, vor ihnen davonliefen. Das Gegenteil ist richtig: sie flüchten aus den Zuständen, welche die revisionistischen Stalin-Feinde und Stalin-"Überwinder" installiert haben, eben jene Renegaten, deren wichtigstes Kennzeichen gerade der hemmungsloseste Antistalinismus ist.

Wie überall haben die revisionistischen Führer in der DDR sowie in den anderen ehemals sozialistischen oder auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Ländern die antistalinistische Hetze und die durch und durch konterrevolutionären Theorien des chruschtschowistischen 20.Parteitages der KPdSU 1956 sogleich zu ihrem politischen Credo gemacht und sich sogar als besonders eifrige Antistalinisten zu "profilieren" versucht. Und genau dementsprechend sieht auch das politische System aus, das diese Herrschaften in der DDR installiert haben und vor dem Hunderttausende davonlaufen!

War zur Zeit Lenins und Stalins die sozialistische Sowjetunion ein leuchtendes Beispiel für die Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt, demonstrierte die Sowjetunion damals einen rasanten wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung, während die Länder des Imperialismus von Krisen und Zerfall geschüttelt waren, so sind die sogenannten "Länder des realen Sozialismus" heute abschreckendes Beispiel und werden von den westlichen Ideologen auch als solches benutzt, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen ihrer Länder vom Sozialismus abzuschrecken und für das kapitalistische Ausbeutersystem breitzuschlagen.

Tatsächlich ist es also so, daß die von den westlichen Politikern und Medien so genüßlich und in aller Breite präsentierten Mißstände in den sogenannten "sozialistischen Ländern" nicht Ausdruck und Folge des sozialistischen Systems sind, sondern *untrügliches Zeichen der schon seit mehr als 30 Jahren vor sich gehenden und jetzt ihre immer furchtbareren Folgen zeigenden Abkehr vom Sozialismus!*

Zur Entwicklung in der DDR

Nicht zufällig hat die Entwicklung in der revisionistischen DDR besonders abenteuerliche Formen angenommen und steht sie seit Wochen im Mittelpunkt der rasch aufeinanderfolgenden Sensationsmeldungen.

Es war eines der weltpolitisch einschneidendsten Ergebnisse des Sieges der Stalinschen Roten Armee über den Hitlerfaschismus, daß zumindest auf einem Teil des Bodens, auf dem der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus entstanden und groß geworden war, von dem aus er zwei furchtbare Weltkriege organisiert hatte, ein neuer, ein antiimperialistischer und antifaschistischer Staat entstehen konnte, der günstige Voraussetzungen hatte, ein wahrhaft friedliches und soziales Kapitel deutscher Geschichte zu eröffnen. Daß in diesem Staat, der DDR, seit 30 Jahren buchstäblich alles vertan und verraten wurde, was einst sein ganzer Sinn und Zweck, seine eigentliche Existenzgrundlage gewesen war, ja daß dieser Staat jetzt offenkundigsten Konkurs ansagt und in wahnwitzigem Tempo zu einem kläglichen Anhängsel, zum Manöverfeld und Protektorat der Nachfolger des Hitler-Staats degeneriert - das muß wahrhaftig als Ereignis von außerordentlicher Tragweite gewertet werden.

Kennzeichnend ist: Alle demagogische Vorsicht vergessend erhob sich am Tage der Grenzöffnung der Bonner Bundestag und sang gemeinsam das Deutschlandlied! Im ORF ließ sich der Bonner Korrespondent vor Begeisterung dazu hinreißen, mehrmals vom "Fallen der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten" zu reden, womit er die Wiedervereinigung, besser gesagt den Anschluß der DDR gleich vorwegnahm.

Inzwischen sind die Herrschaften zwar etwas vorsichtiger geworden und reden lieber nicht allzu viel und allzu laut von der Wiedervereinigung bzw. verstecken ihre Gelüste hinter der Propaganda vom "vereinigten Europa", vom "gemeinsamen europäischen Haus" udgl. Sie "warnen" sogar vor allzu zakkigen Reden. Brandt appellierte, jetzt einen "kühlen Kopf" zu behalten.

Grund für diese zeitweilige Leisetreterei und Tarnung sind die gegenwärtig noch unbedingt nötigen politischen Rücksichten in bezug auf die Umwelt, d.h. vor allem gegenüber den Völkern der Welt, welche die Vergangenheit noch nicht vergessen haben. Der französische Ex-Außenminister Jobert kommentierte das laut "Wochenpresse" vom 10.11.89 so: "Je weniger darüber gesprochen wird, desto besser. Schleichend kommt die deutsche Wiedervereinigung am besten voran."

Das ist "scharfsinnig" beobachtet, aber es ist die halbe Wahrheit. Der Bonner Staat der Imperialisten, Militaristen und Revanchisten, der eine neue Sternstunde für die alten Pläne und Wünsche des deutschen Imperialismus gekommen sieht, ist zwar einerseits zu einigen Rücksichten und Manövern gezwungen, aber es gibt für ihn auch eine andere unverzichtbare Notwendigkeit, nämlich das Erfordernis der allseitigen Hochzüchtung des eigenen Chauvinismus und dessen Wieder-voll-Salonfähigmachung nach allen erlittenen "Demütigungen".

Dieser Chauvinismus kann auf Gepolter nicht einfach verzichten. Er braucht Spektakuläres, Demonstratives. Dementsprechend die von der CSU schon vorgetragenen Pläne nach Berlin als neuer deutscher "Reichshauptstadt", der Übersiedlung des Bonner Parlaments ins "historische Reichstagsgebäude" und der Rummel um das Brandenburger Tor in Berlin als Symbol des imperialistischen Weltmachtanspruchs. *Jetzt* im Moment steht zwar noch das Leisetreten im Vordergrund, ist der erste unvorsichtige Überschwang wieder diplomatisch eingegrenzt. Aber warten wir nur ein wenig, dann wird unweigerlich der Chauvinismus noch frecher werden und rücksichtsloser. Und selbst jetzt ist es schon möglich, daß der ORF irgendeinen Schriftsteller mehrfach zu Wort kommen läßt, der die DDR schon als den deutschen "Freistaat Sachsen-Thüringen" sieht, ähnlich wie den deutschen "Freistaat Bayern"!

In der Tat steht *der faktische Anschluß der DDR*, wenn schon nicht direkt als Teil der BRD, so *zumindest als deren Dominium*, aktuell auf der Tagesordnung, mögen das die Eintagsfliege Krenz, die Lady Thatcher oder der Herr Gorbatschow auch noch so vehement bestreiten.

Dabei ist die formelle Wiedervereinigung für den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus keine unbedingte Notwendigkeit. Diese Form braucht er für die nähere Zukunft nicht, um bei der Realisierung seiner revanchistischen Ziele dennoch riesige Schritte voranzukommen.

Überhaupt ist der Ausdruck "Wiedervereinigung" zum Teil sogar auch irreführend, weil er gleichberechtigte Partner suggeriert. In Wahrheit geht es um einen Anschluß, eine Eingliederung, eine *Einverleibung der DDR*, d.h. um deren *Unterordnung*, um ihr *Aufgefressenwerden*! Und dazu ist zunächst wirklich kein formeller Akt nötig, sondern das vollzieht sich jetzt auf breitester Basis und mit stürmischer Geschwindigkeit (die ökonomische Abhängigkeit der DDR von den westdeutschen Monopolherren hat seit längerem bereits ein hohes Maß erreicht und wird nun erst recht vorangetrieben). Es ist das ein Prozeß, dem jetzt alle Türen und Tore geöffnet sind und der geradezu mit der Zwangsläufigkeit eines Naturereignisses vor sich geht, nachdem alle Hindernisse in atemberaubendem Tempo weggespült wurden. Da geht eines ins andere und die sogenannte "Reisefreiheit" ist wirklich nur ein erster Schritt. "Verzicht auf den SED-Füh-

Fortsetzung auf S.6

Die Freiheit, die sie meinen

Herr Kohl hat bekanntlich versprochen, der DDR- Bevölkerung sofort wirtschaftlich unter die Arme zu greifen - leider aber erwischt er die Leute am Hals.

Ein Beispiel dafür ist der schon innerhalb einer Woche nach dem 9.November einsetzende katastrophale Kursverfall der DDR-Mark. Vor der Öffnung der Grenzen war die Relation 6 DDR-Mark = 1 DBR-Mark, am 2.Tag danach war sie 10:1, nach einer Woche 20 oder sogar 22:1, d.h. für 100 DDR-Mark bekamen die "mündigen DDR-Bürger" 4,5 DBR-Mark oder gerade noch 5 DBR-Mark. Was bedeutet das?

Erstens, daß die DDR-Bürger für ihr sauer verdientes Geld im Westen fast nichts mehr kaufen können. Wenn die 100 "Begrüßungs"-Silberlinge verbraucht sind, können sie sich gerade noch ein paar Mandarinen oder Bananen für teures Geld erwerben.

Zweitens bedeutet es gigantische Verluste für den DDR-Staat und die DDR-Wirtschaft, eine ungeheure Katastrophe für die Handelsbilanz der DDR, weil sie alle Westimporte viel höher bezahlen muß und für ihre Exporte nur mehr einen Bruchteil erhält. Daß die revisionistische bzw. direkt bürgerliche Führung die Folgen sogleich auf das arbeitende Volk abwälzen wird, ist klar.

Drittens hat diese Entwicklung diversen Spekulanten die Möglichkeit gegeben, hunderte Millionen DDR-Mark um einen Spottpreis zu erwerben und verwenden sie diese Mittel jetzt dazu, in Massenumfang die preisbegünstigten Waren in der DDR aufzukaufen.

So wird die DDR schon nach einer einzigen Woche ausgenommen wie eine Weihnachtsgans und werden die DDR-Bürger schneller als sie schauen können im eigenen Land vor noch leereren Regalen stehen, aber auch keine Kaufkraft haben, das zu kaufen, wovon im Westen die Auslagen voll sind.

So gilt erst recht auch für die DDR, und sogar für sie besonders, was die "Kronen-Zeitung" am 19.11.89 über Gorbatschows Rußland geschrieben hat:

> "Welch ein Widerspruch: Je mehr die Freiheit... wächst, desto schlechter wird die Wirtschaftslage. Oder ist es vielleicht garkein Widerspruch?"

Es ist wirklich keiner! Denn das, was die Bourgeoisie und ihre revisionistischen Zutreiber unter "Freiheit" verstehen, ist allemal die Freiheit für die Reichen und Mächtigen, das arbeitende Volk ohne alle Hemmungen auszubeuten, es nach Strich und Faden zu betrügen und um die Früchte seines Fleißes zu bringen. Da *diese* Art von "Freiheit" und "Demokratie" in den einstmals sozialistischen Ländern und speziell in der DDR nun so spektakuläre "Fortschritte" macht, ist es kein Wunder, sondern völlig folgerichtig und selbstverständlich, daß sich die Lebensbedingungen der großen Masse des arbeitenden Volkes *weiter verschlechtern*. Daran ändert auf längere Sicht auch der Umstand nichts, daß die westdeutschen und andere Imperialisten dort zeitweilig vielleicht für die eine oder andere partielle "Erleichterung" sorgen werden, um damit Demagogie betreiben und die Lage noch fester in ihren Griff bekommen zu können.

rungsanspruch", "Pluralismus", "freie Wahlen" usw. folgt schon auf dem Fuße und nicht zufällig hat Kohl ausdrücklich betont, daß seine angebotenen großzügigen "Hilfsmaßnahmen" natürlich Schritte bzw. Reformen zur Voraussetzung haben, die alle Hindernisse für eine funktionierende "gesunde Marktwirtschaft" beseitigen. Der demonstrative Akt einer Vorstandssitzung des Krupp-Konzerns in Leipzig läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Immer frecher werden die Ansprüche der (west-)deutschen Monopolherren nach der Wiederherstellung des alten "Reichs" in den Grenzen - zumindest - von 1937 vorgetragen.

Kein Wunder, wenn sogar den frühesten "Kämpfern für Reformen" in *Polen* plötzlich ganz schöne Grausbirnen aufsteigen angesichts des hier zur Wiedergeburt drängenden neuen "Großdeutschland" mit 80 Millionen Untertanen. Die in der westdeutschen Verfassung festgeschriebene Nichtanerkennung der Westgrenze Polens wurde bei Kohls Besuch in Polen faktisch bekräftigt. Das können auch irgendwelche Bundestagsentschließungen über die angebliche Anerkennung der Realitäten nicht verschleiern, die nur dazu da sind, die Wachsamkeit der Völker und der eigenen Bevölkerung einzuschläfern. "Realitäten" von heute machen ununterbrochen solchen von morgen Platz - das lehrt gerade jetzt jeder Tag.

"Neuordnung Europas" - das heißt heute Annullierung der Ergebnisse des Siegs über den Hitlerfaschismus

Tatsächlich geht Ungeheuerliches vor sich. In diversen Kommentaren hieß es euphorisch, von dem 1945 in Europa geschaffenen "status quo" werde nun kein Stein mehr auf dem anderen bleiben.

Ende des "status quo" und "Neuordnung Europas" heißt aber nichts anderes als die für Europa wichtigsten Ergebnisse des unter Stalins Führung erfolgten Sieges über Hitlerdeutschland zu liquidieren, um Verhältnisse in Europa zu schaffen, die womöglich noch gefährlicher sind als jene der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, zumal das entscheidende antiimperialistische und antifaschistische Bollwerk von damals, die sozialistische UdSSR Stalins längst nicht mehr existiert!

Schon jetzt ist ein ungeheurer Machtzuwachs Westdeutschlands feststellbar, womit auch seine Rolle in der EG noch übergewichtiger wird. Im September '89 zitierte das französische Blatt "Le Point" einen Frankfurter Bankier, der auftrumpfend erklärte: "Am Vorabend des Ersten Weltkriegs wog Frankreich die Hälfte Deutschlands. Wenn wir eines Tages wiedervereinigt sind, werden wir diese Situation wieder haben." (Zitiert nach "profil" Nr.47/89, S.41).

Das Trugbild der "Entspannung" und die Tatsache der Vorbereitung des Szenarios für einen 3.Weltkrieg

Viele Menschen sehen die Bedrohlichkeit dieser ganzen Entwicklung nicht, weil sie eingelullt sind durch die ununterbrochene Propaganda, wonach jetzt, nachdem der böse Kommunismus "endgültig erledigt" sei, endlich das herrliche Zeitalter der Demokratie und des Friedens anbrechen würde.

Diese Vorstellung ist jedoch in jeder Beziehung falsch, den Tatsachen gröblichst widersprechend und voll größter Gefahren.

Die Quelle der Kriegsgefahren liegt doch nicht in wirklichen oder vermeintlichen Unterschieden in den Gesellschaftsordnungen hier und dort! Der 1.Weltkrieg war ausschließlich ein Krieg zwischen Staaten der *gleichen* Gesellschaftsordnung, nämlich von imperialistischen Staaten. Selbst der 2.Weltkrieg begann als Krieg zwischen Staaten der *gleichen*, kapitalistisch-imperialistischen "Ordnung" und das war durchaus kein Zufall.

Die Kriegsgefahr erwächst im Zeitalter des Imperialismus direkt aus der Ungleichmässigkeit der Entwicklung der einzelnen imperialistischen Staaten und der damit verbundenen *Verschiebung der Kräfteverhältnisse,*

Fortsetzung auf S.8

Stalins marxistisch-leninistische Voraussicht des Wiederaufstiegs des westdeutschen Imperialismus

Nicht wenige Leute sind völlig überrascht, mit welcher Vehemenz die westdeutschen Imperialisten nach vorne drängen. Zum Teil wollen aber auch fortschrittliche Leute noch immer nicht den ganzen Umfang dieser besorgniserregenden Entwicklung zur Kenntnis nehmen. Würden manche sich gar als revolutionär verstehende Menschen jedoch nicht so sehr die revolutionäre Theorie mißachten, so hätten sie erkennen können, worauf die Dinge zutreiben und noch zutreiben werden. Auf Grund der Erkenntnisse der Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus hat Stalin bereits 1944 vorausgesagt, daß die deutschen Imperialisten erneut zu einem Kriegsherd werden, wenn ihre Existenzgrundlagen nicht vernichtet werden. 1952 hat er dies nochmals ausführlich dargelegt, als klar war, daß diese Existenzgrundlagen, d.h. der Kapitalismus, nicht durch eine proletarische Revolution beseitigt worden waren. Wir bringen nachfolgend Auszüge aus diesen zwei wichtigen Stellungnahmen, die heute mehr denn je ihre Gültigkeit unter Beweis gestellt haben.



"Deutschland wird nach seiner Niederlage natürlich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch entwaffnet werden. Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten. Es ist allbekannt, daß die deutschen Machthaber jetzt schon zu einem neuen Krieg rüsten. Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt."

Stalin, Der 27.Jahrestag der Oktoberrevolution, 6.11.1944, Werke Bd.14, S.367.

"Manche Genossen behaupten, daß infolge der Entwicklung der neuen internationalen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien...

Diese Genossen irren sich. Sie sehen die an der Oberfläche schimmernden äußeren Erscheinungen, aber sie sehen nicht die in der Tiefe wirkenden Kräfte, die, obwohl sie vorläufig unmerkbar wirken, dennoch den Lauf der Ereignisse bestimmen werden.

Nach außen hin scheint alles 'wohlgeordnet' zu sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Westeuropa, Japan und andere kapitalistische Länder auf Ration gesetzt; (West-)Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, führen gehorsam die Befehle der USA aus. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, dieser 'wohlgeordnete Zustand' könne 'in alle Ewigkeit' erhalten bleiben, diese Länder würden die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden, sie würden nicht versuchen, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und den Weg einer selbständigen Entwicklung zu beschreiten...

Gehen wir zu den hauptsächlichen besiegten Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs'regime' gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das 'Regime' der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen - so hieße das an Wunder glauben...

Es fragt sich, welche Garantien gibt es, daß Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, daß sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht.

Daraus folgt aber, daß die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt."

Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952, Werke Bd.15, S.323-327.

welchen die alten Aufteilungsverhältnisse der Einflußgebiete immer weniger entsprechen, sodaß die kriegerische Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung rückt.

Genau eine solche früher oder später zum imperialistischen Krieg führende einschneidende Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten geht aber mit dem Zerfall des revisionistischen Staatenblocks einher und nimmt gegenwärtig sogar atemberaubendes Tempo an, wobei sich ein gewaltiger Machtzuwachs des (west-)deutschen Imperialismus bereits vollzieht. Damit ist schon klar, *daß die Kriegsgefahr im Zuge dieser Entwicklung nicht kleiner wird, sondern rapide wächst!*

Aber schütteln Bush und Gorbatschow, Bush und Kohl, Thatcher und wie sie alle heißen, einander nicht immer aufs neue die Hände, reden sie nicht unausgesetzt von der "Erhaltung und Sicherung des Friedens" als höchstem Gebot, eilen sie nicht von einer "Abrüstungskonferenz" zur anderen?

Eben das aber ist von jeher so gewesen: "Wenn die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle schon ausgeschrieben", sagte Bertold Brecht. Die imperialistischen Kriegsvorbereitungen wurden immer schon bemäntelt mit Friedensgeschwätz, "Visionen" vom Anbruch einer neuen friedlichen Epoche, von "peace in our time". Ohne diesen imperialistischen Pazifismus ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich. Dieses unbedingte Gebot der Verschleierung der Kriegspolitik gilt ganz speziell für den (west-)deutschen Imperialismus, der schon bei der Auslösung des ersten Weltkriegs eine führende Rolle gespielt und dann den zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat.

Natürlich darf man die Entwicklung einer Situation, in der *entscheidende Voraussetzungen für einen künftigen 3.Weltkrieg* auf breiter Basis geschaffen werden und stürmisch heranreifen, nicht mit einer *momentanen* Weltkriegsgefahr verwechseln. Der rasante politische, wirtschaftliche und zum Teil auch militärische Zerfall des revisionistischen Lagers, seine hemmungslose "Öffnung" dem imperialistischen Westen gegenüber schafft zwar eine teilweise, *bedingte Atempause*, eine scheinbare "Entspannung", aber *um einen furchtbaren Preis, der rascher zu bezahlen sein wird als die meisten Menschen glauben!*

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

1. Ausgabe 1982

GEHT DEN FRIEDENSHEUCHLERN NICHT AUF DEN LEIM !

Der marxistisch-leninistische Standpunkt zu Krieg und Frieden

I. DIE STELLUNG DER KOMMUNISTEN ZU KRIEGEN IST EINE GRUNDSÄTZLICH ANDERE ALS DIE DES BÜRGERLICHEN PAZIFISMUS, DER REVISIONISTEN UND "FRIEDENSPREDIGER"

II. "DAUERHAFTER FRIEDEN" IM KAPITALISMUS IST EINE REAKTIONÄRE ILLUSION - IMPERIALISMUS BEDEUTET KRIEG !

III. DIE MARXISTEN-LENINISTEN FÜHREN DEN UNVERSÖHNLICHEN KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG VOM STANDPUNKT DER PROLETARISCHEN REVOLUTION AUS

IV. AUCH IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG GILT: DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS IST EINE HOHLE PHRASE, WENN ER NICHT UNZERTRENNLICH MIT DEM KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS VERBUNDEN IST !

V. DIE STELLUNG ÖSTERREICHS IM SYSTEM DES WELTIMPERIALISMUS UND DIE DEMAGOGIE DER ÖSTERREICHISCHEN OPPORTUNISTEN

Das Expansionsstreben der Imperialisten, insbesondere der Großmächte, findet für einige Jahre noch weitere Möglichkeiten des "friedlichen" ökonomischen Vordringens. Speziell der westdeutsche Imperialismus sieht die Tore für seinen wirtschaftlichen und politischen Expansionismus weit geöffnet, hat alle erdenklichen Möglichkeiten der "friedlichen Eroberung" Polens, Ungarns, der UdSSR, Chinas usw. Aber was geschieht, wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind bzw. an Widerstände stoßen?

Ganz unvermeidlich prallen bei dieser Jagd nach Maximalprofiten ja die Raubinteressen der Großmächte immer schärfer aufeinander. Schon heute führen die japanischen, amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten auf verschiedenen Gebieten einen rücksichtslosen Wirtschaftskrieg gegeneinander. Die "natürliche" Fortsetzung dieser brutalen Kämpfe um Absatzmärkte, Rohstoffe usw. war und ist aber das "Kräftemessen" im imperialistischen Krieg. Auf dem Boden dieser Ausbeuterordnung gibt es kein Mittel, "friedlich" festzustellen, welchem Räuber gemäß seiner "Stärke" welcher Brocken "zusteht".

Immer offenkundiger wird bereits auch, daß die imperialistischen Rivalen des westdeutschen Imperialismus nur vorläufig "gute Miene zum bösen Spiel" der Wiederherstellung Großdeutschlands machen oder gemacht haben. Der US-Außenminister Bush erklärte, "eine eventuelle deutsche Wiedervereinigung könne keinesfalls außerhalb des NATO-Status stattfinden. Neutralitätskonzepte etwa nach dem Muster Österreichs können nicht in Frage kommen." ("Kronenzeitung", 3.12.1989). Und aus Moskau verlautet: "Seit die 'deutsche Frage' wieder auf dem Tisch liegt, will der Kreml nichts mehr von einer raschen Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO wissen." (Ebenda).



Hitler: "Kann man schon rauskommen?" Karikatur der britischen Zeitung "Sun", von der "Bild"-Zeitung im Stil des "Völkischen Beobachters" als "antideutsche Hetze" bezeichnet. (BamS, 19.11.89)

Das aber ist der springende Punkt: Die Ambitionen des westdeutschen Imperialismus bleiben *nicht* in dem für die anderen imperialistischen Großmächte akzeptablen, d.h. ihren Interessen untergeordneten "Rahmen", sondern zielen weit darüber hinaus, werden unvermeidlich mit Gewalt diesen Rahmen sprengen. Genau das ist auch ein wesentlicher Hintergrund des immer lauteren demagogischen Geschreis der Bonner Machthaber nach der "Revision von Jalta".

Fazit: Die triumphierend verkündete "Überwindung des kalten Kriegs" hat als realen Hintergrund die nunmehr auch formell vollzogene Liquidierung des ehemaligen sozialistischen Lagers. Aber diese bahnt nicht dem Frieden den Weg, sondern ist der Weg in eine Periode erhöhter Kriegsgefahren, der direkte Weg zu einem 3.Weltkrieg.

Und die Rolle Österreichs?

Ohne Zweifel bedeutet diese alarmierende Entwicklung auch *erhöhte Gefahren für das werktätige Volk Österreichs.* Diese Gefahren gehen heute wie gestern besonders vom westdeutschen Revanchismus aus, der Österreich schon längst zu seinen festen Pfründen rechnen kann. (Vgl. dazu ausführlich RF 223 "Herrenmenschenpolitik!").

Bezeichnend ist allerdings die Haltung der kapitalistischen Machthaber Österreichs. Während sie einerseits mit dem Hinweis auf Gefahren, die Österreich angeblich von einem Zerfall Jugoslawiens her drohen, massive Aufrüstungen verlangen und betreiben, sind sie nach der Seite hin, von der echte Gefahren drohen, total blind.

Der außenpolitische Sprecher der SPÖ z.Bsp. erklärte beschwichtigend zu Kohls "Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung": "Beide deutschen Staaten haben aus der Geschichte gelernt. An ihrer weltpolitischen Zurückhaltung ist nicht zu zweifeln"; der Deutschnationalismus sei heute nur mehr eine Frage der "politischen Archäologie" ("Kurier", 3.12.89). Rauscher doziert im "Kurier": "Die sozio-psychologischen Triebkräfte, die Deutschland zweimal in diesem Jahrhundert zu dem Versuch getrieben, die Vorherrschaft oder gar totale Herrschaft in Europa zu erringen, *sind wohl nicht mehr da.* Auch Österreich muß sich vor einem neuen 'Anschluß' nicht fürchten, auch nicht vor substanziellen Beteiligungen an unserer Wirtschaft" ("Kurier", 3.12.89). Auch Außenminister Mock kann Befürchtungen "nicht nachvollziehen", schließlich habe Kohl doch ausdrücklich auf den "europäischen Rahmen" verwiesen (siehe ebenda), wahrhaft ein schlagendes Argument!

Die Repräsentanten der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs haben nichts aus der Geschichte gelernt und können nichts aus der Geschichte lernen. Denn in Wirklichkeit wirken nicht nur bei den westdeutschen Imperialisten, sondern bei ihnen selbst unverändert die grundlegenden "sozio-psychologischen Triebkräfte" weiter, die sie seinerzeit Hitler in die Arme getrieben haben.

Wo mehr Profit winkt, da werden alle anderen "Rücksichten" fallen gelassen. Und so wird die offizielle Haltung quer durch alle etablierten Parteien durch die von FPÖ-Gugerbauer formulierte Hoffnung bestimmt, "daß die deutsche Annäherung neue Wirtschaftschancen für die heimische Wirtschaft bringen wird" ("Kurier", 3.12.89). Ebenso wie ihre Vorgänger in der Ersten Republik haben all diese korrupten und verkommenen Landesverweser, diese Charaktermasken der verfaulenden Bourgeoisie, nicht die geringsten Skrupel, Land und Leute zu Schleuderpreisen zu verkaufen, wenn das genügend Profit bringt bzw. zumindest solche *erhoffen* läßt.

Schon daraus geht im Grunde hervor, daß man Österreich keinesfalls einfach als "Opfer" und bloßes Beuteobjekt im Kalkül der Großmächte betrachten darf! Österreich ist unzweifelhaft *selbst ein imperialistischer Staat!* Die imperialistische Bourgeoisie, die in Österreich herrscht, hat auch durchaus eigenständige imperialistische Ziele und zeigt gerade in diesen Tagen ganz unverhüllt ihren wahrhaft grenzenlosen Appetit.

Die Sachwalter des österreichischen Imperialismus überschlagen sich geradezu, euphorisch die "Aussichten" auszumalen, welche sich aus dem Bankrott der revisionistischen Machthaber in Ungarn, in Polen, in der CSSR usw. gerade auch für das Expansionsstreben des österreichischen Finanzkapitals ergeben könnten.

Vranitzky eilte als erster westlicher Regierungschef nach dem 9.November '89 in die DDR und unterzeichnete einen umfassenden Wirtschaftsvertrag, der unter anderem die Bildung gemeinsamer Gesellschaften sowie Unternehmen auf dritten Märkten vorsieht. Die österreichischen Finanzhaie übernahmen auch eine Vorreiterrolle durch die Gründung eines Ost-West-Fonds, um die Ausplünderung der Völker der revisionistischen Länder zu effektivieren.

Niemals wieder:

"Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt".

Die Politiker des westdeutschen Imperialismus, von Kohl über Brandt und Momper zu Weizäcker, werden nicht müde zu betonen, daß die von ihnen geforderten und unterstützten "Reformen im Osten", in den revisionistischen Ländern, sei es in der Sowjetunion, in Polen oder Ungarn etc. den Frieden nur noch sicherer machen würden. Das Gegenteil ist wahr. In Wirklichkeit wächst die Kriegsgefahr, die vom westdeutschen Imperialismus für die Völker dieser Länder und für die Völker der Welt ausgeht. Die ökonomische und politische Unterwanderung, die ständige Vergrößerung des Einflusses des westdeutschen Imperialismus, die großen Erfolge der "friedlichen Durchdringung" und der erfolgreiche Aufbau von gekauften "Führern" in diesen Ländern, schließen ja militärische Operationen nicht aus, sondern helfen sie vorzubereiten. Die Millionen und Milliarden, die in diese Länder fließen, um Profite nach Westdeutschland zu bringen, müssen nach der Logik des westdeutschen Imperialismus eben gegebenenfalls militärisch gegen die Konkurrenz der anderen westlichen Imperialisten und den russischen Sozialimperialismus gesichert und ausgebaut werden. Der westdeutsche Imperialismus ist wirklich der Nachfolger des deutschen Imperialismus und des Hitlerfaschismus. Er spinnt als imperialistische Großmacht weltweit jene Fäden weiter, die diese bereits gezogen haben. Die nationalistische Begeisterung in beträchtlichen Teilen der deutschen Bevölkerung angesichts der unübersehbaren Erfolge des westdeutschen Revanchismus bei der Verfolgung seiner alten Ziele erfüllt die anderen Völker mit Angst und Schrecken. Sie fürchten zurecht ein "4.Reich", wenn es wieder heißt: "Heute gehört uns Deutschland". Die Völker haben nicht vergessen, daß dann "morgen die ganze Welt" folgt und daß dies unendliches Leid und unermeßliche Opfer für sie bedeutet.

AUSZUG aus einer Flugschrift des WESTBERLINER KOMMUNIST, Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins vom November 1989.

Während auf dem jüngsten ÖVP-Parteitag in Graz der sattsam bekannte "Tiger" Gerd Bacher von einer "Sternstunde" für Österreich schwärmte, die gründlichst genützt werden müsse und Herr Busek aufgeregt forderte, nun müsse man beherzt "zupacken", hat der Wiener Bürgermeister Zilk bereits - in den Spuren Mister Marshalls und seines "Hilfs"-Plans wandernd - einen "Zilk-Plan" sogenannter Hilfe für den Osten verkünden lassen.

Bundeskanzler Vranitzky seinerseits ist eifrig mit "Hilfs"-Projekten beschäftigt, aber wem er eigentlich helfen will, wird sogleich augenfällig, wenn man seine "geniale" Idee betrachtet: er will die 35 Mrd S, die Polen Österreich schuldet und sowieso nicht mehr zurückzuzahlen gedenkt, in Beteiligungen österreichischer Unternehmen an polnischen Betrieben und Firmen umwandeln, wobei er alle Risken einer solchen Expansion mit nicht weniger als 5 Mrd. S Garantien beseitigen will, für die der österreichische Staat haftet. Gibt es fetten Profit, so steckt ihn der betreffende Unternehmer ein, geht aber etwas schief, so blecht der österreichische Steuerzahler! Überhaupt verheimlichen die Herrschaften ja keineswegs, daß eine wirkungsvolle "Hilfe" für den endlich auf den richtigen Weg gelangten "Osten" nur möglich sein wird, wenn die arbeitende österreichische Bevölkerung bereitwillig entsprechende "Opfer" bringt.

Es geht eben nichts über den österreichischen Humanismus, das goldene Wiener Herz. In Bonn springt man auf, steht stramm und intoniert die Deutschland-Hymne. In Österreich dagegen legt der ORF bei jeder Gelegenheit die schmalzige Platte mit Heinz Conrads auf: "Als Böhmen noch bei Österreich war!" Die Formen mögen differieren, aber der Appetit ist der gleiche!

Die Herrschenden Österreichs scheuen sich nicht einmal, eine Vorreiterrolle bei der Realisierung der großdeutschen "Europa"-Pläne, d.h. der Herstellung einer absolut dominierenden Rolle des westdeutschen Imperialismus zu spielen. Anfang November wurde von einem Ideologen der Bonner Revanchisten, Günter Gaus, die Idee einer "Konföderation der zentraleuropäischen Staaten" lanciert: "Ungarn, die CSSR, Polen, die Bundesrepublik und die DDR bilden *unter dem Vorsitz des neutralen Österreichs* ein Bündnis der Zusammenarbeit auf Sachgebieten." Kanzler Vranitzky stimmte umgehend zu: *"Wir sind bereit*, wenn man diese Idee an uns heranträgt" ! (Siehe "Der Standard", 24.11.89)

Wiens Vizebürgermeistzer Hans Mayr schlägt im KURIER-Gespräch noch eine „Zuwaag'" vor: 360 Millionen österreichische Osthilfe (dieser Betrag entspricht etwa 1 % des Verteidigungsbudgets) sollte alljährlich von Bund und Ländern gegeben werden. „Wenn die Republik jährlich die Hälfte dieser Summe übernimmt, würde Wien jeweils ein Viertel des zweiten Teiles bezahlen. Das könnte man ohne weiteres so widmen, daß um diesen Betrag in Österreich eingekauft werden muß," denkt Mayr praktisch.

Kurier, 11.November 1989

Am wesentlichsten ist allerdings das immer unverschämtere Herausstreichen der Österreich angeblich zufallenden "Führungsrolle" bei der "Neugestaltung des Donauraums". So gab es kürzlich in Budapest eine Konferenz von Italien, Ungarn, Jugoslawien und Österreich diesen "Raum" betreffend. Nach den Worten des italienischen Außenministers De Michelis habe man dort begonnen, "einen Teil Mitteleuropas mit einer flexiblen und toleranten Strategie wiederherzustellen" (siehe "Kurier", 12.11.89). Wiederherstellung "Mitteleuropas", was soll das heißen? Man wird auch deutlicher: "Es geht darum, einen Teil jenes habsburgischen Imperiums zu retten, jener 'Welt hinter den Nationen', die nicht nur Form, sondern auch politischer Stil waren." (De Michelis in "Der Standard", 6.11.89) Natürlich ergeben sich jetzt auch noch günstigere Möglichkeiten, die Tschechoslowakei einzubeziehen.

Die Aktivitäten der staatlichen und privaten Unternehmer Österreichs laufen auf Hochtouren, um sich in Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und anderswo unter den Nagel zu reißen, was nur geht. Das zeigt auch das Beispiel Nagymaros. Allen Protesten aus Un-